

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Opfer des DDR-Unrechtsregimes aufklären - Licht in die dunkle Vergangenheit bringen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle Opfer von Zwangsadoptionsmaßnahmen des DDR-Regimes in Mecklenburg-Vorpommern über ihr Schicksal und ihre leiblichen Eltern bzw. Kinder und deren Verbleib informiert werden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Anlässlich des kürzlich begangenen Tages der deutschen Einheit und dem bevorstehenden Jahrestag des Mauerfalls soll als Zeichen von Gerechtigkeit dem Leid der Opfer Rechnung getragen werden.

Zwar gab es bis zum 3. Oktober 1991 eine sogenannte „Clearingstelle“, bei der Betroffene mit einjähriger Frist einen Antrag auf Rückgängigmachung der Zwangsadoption stellen konnten, doch haben viele Opfer - teils aus Unwissenheit und teils aus Scham - davon keinen Gebrauch gemacht.

Die Landesregierung sollte nunmehr Gerechtigkeit herstellen und die Betroffenen - Eltern wie Kinder und Adoptiveltern - über ihr grausames Schicksal aufklären.

Konkret sollen Eltern und Kinder darüber informiert werden, wer die Zwangsadoption im Einzelfall veranlasst hat. Die entsprechenden Daten sind sicherlich in entsprechenden Archiven zu finden. Kinder haben ein natürliches Menschenrecht zu erfahren, wer ihre leiblichen Eltern sind.

Nach Auffassung der Fraktion der NPD vergeht das Leid, das die Betroffenen erfahren mussten, auch nach Jahren und Jahrzehnten nicht. Es scheint geboten, den vielen ungenannten Opfern des DDR-Terrorregimes auch über Alimentierungen wie die Opferrente hinaus Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Landesregierung könnte hiermit einen weit mehr als symbolischen Schritt zur Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte tätigen.